

„Schnellstmöglich umsetzen“

HANS-MEMLING-SCHULE Reaktionen von FDP, SPD, FWS, CDU und Grünen

VON MARKUS TERHARN

Seligenstadt – Das Ergebnis der Bürgerbefragung zur Zukunft der Seligenstädter Hans-Memling-Schule war eindeutig: Auf Variante 1 (Bildungs- und Kulturhaus, Verein Freunde der HMS) entfielen, wie berichtet, 52,7 Prozent der gültigen Stimmen. Variante 2 (Kita und Privatschule, Erasmus-Gesellschaft) brachte es auf 18,1 Prozent. Und Variante 3 (gemischtes Konzept, SPD/FWS) erzielte 27,6 Prozent. So reagierten die im Stadtparlament vertretenen Fraktionen:

„Auch wenn wir uns als Befürworter einer Schule ein anderes Ergebnis gewünscht hätten, respektieren wir, dass die Seligenstädter Bürgerschaft mehrheitlich eine andere Nutzung bevorzugt“, formulierte Dagmar B. Nonn-Adams, Vorsitzende des FDP-Ortsverbands. Liberalen-Fraktionschefin Susanne Schäfer versichert: „Wir werden mit dem Ergebnis seriös umgehen. Nach der Corona-Pause werden wir auf alle Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zugehen, um eine parteiübergreifende Umsetzung des Bürgerwillens auf den Weg zu bringen.“ Es gelte die Sanierung des Gebäudes sowie die erforderlichen Schritte für die künftige Nutzung einzuleiten.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Seligenstädter sich so deutlich für eine öffentli-



Licht und Schatten an der ehemaligen Seligenstädter Hans-Memling-Schule FOTO: TERHARN

che Nutzung ausgesprochen haben. „Wir haben schon im Stadtparlament klar gemacht: Die SPD ist gegen eine Privatschule in dem Haus“, betonte deren Fraktionschef Marius Müller.

Zu bedauern sei, dass die gemischte Variante 3 von Sozialdemokraten und Freien Wählern keine Mehrheit gefunden habe. „27,6 Prozent sind ein gutes Ergebnis für ein sehr gutes Konzept“, so die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Nicole Fuchs. Die Seligenstädter hätten aber klar gezeigt, dass sie in dem Gebäude definitiv keine Privatschule wollten. „Die

Varianten 1 und 3 sind sich sehr ähnlich. So sind wir froh, dass – auch wenn unser Konzept nicht ganz überzeugt hat – eine öffentliche Nutzung gewonnen hat.“ So wollen die Sozialdemokraten Variante 1 schnellstmöglich realisiert sehen. Mit ihren politischen Partnern im Parlament will die SPD einen Antrag in den Geschäftsgang einbringen, rasch mit der Renovierung zu beginnen.

Jürgen Kraft, Fraktionschef der Freien Wähler (FWS), hatte den Sieg von Variante 1 erwartet, jedoch nicht in dieser Deutlichkeit. „Die Freunde der HMS haben aber an allen

Ecken und Enden der Stadt Reklame gemacht.“ Auch die Befürworter einer Erasmusschule, FDP und neu gegründete Elterninitiative, hätten „kräftig die Werbetrommel gerührt“, er habe sie eigentlich auf Platz zwei erwartet. Dass die FWS der Variante 1 nicht zustimmen konnten, begründete Kraft erneut mit der Überzeugung, „dass ein Verein allein mit der Trägerschaft eines so großen, vielfältigen Hauses überfordert ist“. Als Koalitionspartner von SPD und FDP wollen sie die Arbeit von Bürgermeister Dr. Daniell Bastian unterstützen und „in geordnete Bah-

nen lenken“. Wie das aussehen müsse, müsse sich ergeben.

Für die oppositionelle CDU zeigte sich Fraktionsvorsitzender Joachim Bergmann „sehr erleichtert“ über die absolute Mehrheit für die von ihr präferierte Variante 1. Er dankte den HMS-Freunden für ihr seit drei Jahren andauerndes Engagement und ihr Angebot, an der Entwicklung einer Strategie zur Verwirklichung mitzuarbeiten. „Wir werden ins Stadtparlament einen Antrag einbringen, das umzusetzen.“ Bergmann erinnerte daran, dass die CDU das Konzept eines Kulturhauses bereits 2018 vorgelegt habe, als damals einziges, und schon 2012 den bislang nicht umgesetzten Stadtverordnetenbeschluss zur kulturellen Nutzung initiiert habe.

„Uns freut's enorm“, kommentiert Grünen-Stadtverordnete Adina Biemüller die „absolute Mehrheit bei hoher Beteiligung“ für Variante 1. „Wir haben das Konzept immer unterstützt, unsere Ansicht nie geändert und stehen voll dahinter.“ Nun hofften sie, dass es realisiert werde. „Die Fronten sind verhärtet, das macht mich sehr traurig“, stellt Biemüller fest. Und die Fraktionschefin Natascha Maldener-Kowolik weist darauf hin, dass die Grünen die Bürgerbefragung nie gewollt hätten. „Das hat uns 40 000 Euro gekostet, bloß weil im Parlament keine Mehrheit herzustellen war.“